

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6188
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3167

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 27 500 Exemplaren.

Inhalt.

Wie steht es mit dem Sommerurlaub für städtische Arbeiter? — Zur Lage der städtischen Arbeiter in Köln. — Bericht der Filiale München für das 2. Quartal. — Die Chemnitzer Maßregelung. — Eine neue Forderung des Vizepräsidenten (und in Halberstadt). — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Aus den Stadtparlamenten. — Verbandszeit. — Anzeigen.

Wie steht es mit dem Sommerurlaub für städtische Arbeiter?

Seitdem wir vor zwei Jahren unsere kleine Flugdrift über die Sommerferien hinausblättern ließen, haben sich unsere Mitabnehmer in den meisten Städten eingehender mit dieser Frage befaßt. Arbeiterferien sind den meisten deutschen Arbeitgebern verhältnismäßig ein böhmisches Dorf. Wir wissen, daß in kaum nennenswerten Betrieben das Sommerpersonal, ferner die Staats-, Kommunal- und viele Privatbeamten Sommerferien genießen können. Die große Masse der deutschen Arbeiter weiß zurzeit von dieser Wohlthat, um nicht zu sagen Kommodität, in der Franzose nichts. Natürlich, daß in Quadrateren und in gewerkschaftlichen Betrieben auch das gesamte Arbeiterpersonal Ansprüche auf Ferien hat. In unserer schon erwähnten Prospektur wurde auf England verwiesen. Wir müssen auch jetzt wieder betonen, daß in England diese Einrichtung in viel größerem Maße entwickelt ist. Ein großer Kreis von Arbeitern und Angestellten, selbst auch Hauspersonal, hat keinen regelmäßigen, sich meistens auf längere Zeit ausdehnenden Urlaub, der zu weiten Reisen, selbst bis auf den Kontinent, Verwendung findet. Ferientaxen, in die bei jeder Lohnzahlung Einlagen gemacht werden, tragen dazu bei, daß die Ferien in ausbrechender Weise zur Erholung, zum Sammeln neuer Eindrücke und Erweiterung des Weltansichtes verwendet werden können.

Nicht nur allein, daß der Lohn für die Ferienzeit weitergezahlt wird, sondern manche Arbeitgeber gewähren auch noch Reisezuschüsse. Unser Verband vertritt grundsätzlich die Forderung der Sommerferien. Der Lohn soll in dieser Zeit weitergezahlt werden. Die Ferien sollen bereits nach einem und nicht erst nach drei, fünf oder zehn Dienstjahren auf mindestens eine Woche, steigend bis zu vier Wochen, bemessen werden. Im Jahre 1900 hatten wir in Deutschland nur fünf Stadtgemeinden, die Sommerferien der städtischen Arbeitern gewährten. 1901 waren es 17 und 1905 32. Jetzt zählen wir 52 deutsche Gemeinden. Darunter sind allerdings noch welche, die wie Altona, Frankfurt a. M., Dresden, Leipzig, Karlsruhe, Oera usw. entweder den Urlaub nur auf bestimmten Anträgen, dann wieder nur nach Entschädigung der Vergütung oder wieder andere nur einem kleinen Teil der städtischen Arbeiter gewähren. In sehr vielen Städten finden wir auch Ferien, von zwei oder vier Tagen. Das kann man unmisslich Ferien nennen!

Nachfolgend geben wir ein Verzeichnis aller derjenigen Städte, welche überhaupt Sommerurlaub gewähren:

Machen	Erlangen	Wainz
Altona	Frankfurt a. M.	Wannheim
Nischaffenburg	Freiburg i. Br.	Wülhausen i. Gf.
Augsburg	Friedenau bei Berlin	München
Barmen	Harth i. B.	München Gasing (Verrennstalt)
Berlin	Hera	Nürnberg
Berlin (Englische Gaswerke)	Grünwald bei Berlin	Porzheim
Bielefeld	Hagen	Ravensburg
Breslau	Halle a. S.	Reutlingen
Bromberg	Hannau	Rixdorf
Cassel	Hannover	Schöneberg
Charlottenburg	Hastenburger	Stettin
Cöln a. Rh.	Kaiserslautern	Stralsburg i. Gf.
Darmstadt	Karlruhe i. B.	Stuttgart
Dessau	Niel	Ulm
Dresden	Königsberg i. Pr.	Worms
Erfurt	Lichtenberg bei Berlin	Würzburg
Eiberfeld	Ludwigshafen	Zehlendorf
	Magdeburg	

Außerdem sind aufzuführen die Englischen Gaswerke Berlins, das Erfurter und das Reichensbacher Gaswerk, die auch im Privatbesitz sind.

In der Liste vermissen wir immer noch die drei Hanfsstädte

Hamburg, Bremen und Lübeck.

Wo bleiben diese Republiken mit ihren sozialpolitischen Maßnahmen?

Warum gewährt man hier den Staatsarbeitern keinen Sommerurlaub? Die Hamburger und die Bremer Staatsarbeiter sind schon wiederholt an Senat und Bürgererschaft herangetreten. Warum gibt man auf diese Eingaben keine Antwort?

Wo bleibt der Bericht des von der Hamburger Bürgererschaft niedergesetzten Ausschusses? Soll die Sache im Ausschuß begraben werden?

Wo bleibt bei den Hanseaten in Arbeiterfragen der vielgerühmte Weitblick?

Obst es ja gar nicht.

Die Bremer Fieberkräuter hatten es mit der Angst gekriegt. Sie glauben, daß ihre eigenen Geschäfte schon Bankrott machen müssen, wenn sie als Bürgerchaftsmitglieder den Staatsarbeitern Sommerferien geben. Da hat denn die Bremer Handelskammer vor einigen Monaten einen Antragbogen verfaßt, um festzustellen, wie der Sommerurlaub der Gemeindearbeiter unter Fortsetzung des Lohnes anderwärts wirkt.

Die ziemlich ausführliche Verantwortung der getheilten Fragen durch die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft ist sehr charakteristisch für die Zustände, die in dieser Hinsicht herrschen, sowie für die Anschauungen, mit denen auch „wohlwollende“ Unternehmer an die Behandlung einer solchen Angelegenheit gehen.

Die Arbeiter teilen mit, daß die große Mehrzahl der industriellen Firmen in Berliner Bezirk keinerlei Sommerurlaub gewährt. Viele Industrielle beabsichtigen auch nicht, künftig solchen Urlaub zu gewähren, ein Teil aber ist der Frage

„überhaupt noch gar nicht näher getreten.“ Nur bei einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Firmen ist dagegen seit ein bis drei Jahren ein Sommerurlaub zur Einführung gelangt. Der Umfang des Urlaubs richtet sich nach der Dauer des Dienstverhältnisses und ist sehr verschieden; es wurde je nach den Jahren und der Art der Beschäftigung ein Urlaub von wenigen Tagen bis zu zwei und drei Wochen gewährt; an einigen Stellen erhalten die Arbeiter nach dreijähriger Arbeitszeit acht Tage, nach fünfjähriger zehn Tage Urlaub, meistens sind die Urlaubsbedingungen, wo sie überhaupt bestehen, noch schlechter.

Großes Gewicht legt dann die Antwort der Arbeiter auf die Wirkungen, welche die Urlaubsgewährung „auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ ausübt. Die Meinungen über diese Wirkungen seien verschieden:

„Auf der einen Seite wird die Auffassung vertreten, daß das Interesse, welches die Arbeitgeber durch Gewährung des Urlaubs den Arbeitern gegenüber gezeigt haben, in keiner Weise eine freundlichere Stimmung bei den Arbeitern erzeugt, auch nicht die Zügelhaftigkeit ihres Auftretens bei Forderungen von Lohnerhöhungen gemildert habe. Auf der anderen Seite findet sich dagegen die Ansicht, daß das Entgegenkommen der Arbeitgeber von den Arbeitnehmern doch wohl gewürdigt werde. Das Verhalten der Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern sei das Produkt einer Äuße von Urab. Dabei lasse sich naturgemäß die Art der Einwirkung einer einzigen Ursache, wie der Sommerurlaub, nicht mit Sicherheit feststellen. Immerhin könne man nicht daran zweifeln, daß der Sommerurlaub eine wesentliche Wirkung ausübe und daß er, auch unter dem Gesichtspunkt des Arbeitervorteils betrachtet, kein vergebliches Opfer bedeute.“

Man betrachtet auch diese Angelegenheit nicht, wie es selbstverständlich sein sollte, als hygienische Frage und als eine Frage hereditärer Antriebe des Arbeiters, sondern unter dem Gesichtspunkt der kapitalistischen „Wohlthaten“ und der „Wirkungen“ auf die Stimmungen der Arbeiter gegen die Unternehmer. Man scheint auch nicht zu begreifen, daß die Arbeiter sehr wohl das „Entgegenkommen“ würdigen können, ohne darum ihre sonstigen Forderungen irgendwie zu mildern oder zu verringern. Wenn Unternehmer sich freilich einbilden, Arbeiter durch „Gewährung“ von ein paar Tagen Urlaub gefügig zu machen, so wäre das eine ebenso ansichtslose Forderung, wie ein Beweis für die Hintergedanken, die dem „Entgegenkommen“ des Unternehmertums oft zugrunde liegen.

Anwänden hat der Premer Staat sich dazu auf geschwungen, erholungsbedürftigen Arbeitern auf ein ärztliches Gutachten hin Erholungsurlaub zu geben.

Da sollten alle Premer Kollegen sich ihre Erholungsbedürftigkeit vom Arzte attestieren lassen. Doch ein weiteres hat zu geschehen. Überall da, wo die Bewegung einigermaßen entwickelt ist, aber die Sommerferien noch ganz fehlen, muß jetzt wieder von neuem die Forderung des Sommerurlaubs erhoben werden. Jetzt, wo die Beamten sowohl als auch die Stadtväter selbst in die Ferien gehen, müssen ihnen kräftig gepöbelte Protestresolutionen großer gewaltiger Versammlungen in die Sommerfrische nachgeschickt werden. Zum kommenden Herbst muß die Forderung ausreichender Sommerferien unter den ersten Geschäftseingängen des zusammen tretenden Stadtparlaments liegen.

Die städtischen Arbeiter müssen sich aufrufen und ermahnen, daß sie sich nun nicht länger mehr betriegen lassen um die so notwendige Kräftigung ihrer Gesundheit und Erholung von lächerlicher Kost und Mühe. Der städtische Arbeiter ist auch Mensch und bedarf genau so der Ausspannung wie der hohe, mittlere und niedere Beamte, genau so wie die verehrlichen Herren Stadtväter und Magistrats- bzw. Senatsmitglieder.

Für die städtischen Arbeiter und die im Arbeitsverhältnis stehenden Bediensteten der Stadt Worms wurde eine Urlaubsordnung erlassen, wonach ihnen jährlich ein fortlaufender Urlaub von 6 Tagen gewährt werden soll. Die Übernahme anderer Arbeiten ist den Urlaubnehmern untersagt. Danach zu urteilen, müssen doch manche Stadtparlamente die Arbeiter für fürchtbar arbeitswütige Wesen halten. Wir haben schon früher Veranlassung genommen, zu betonen, daß die Behauptung, die Arbeiter könnten in ihrer unerschöpflichen Arbeitskraft die Urlaubswoche nicht überleben, ohne erschöpft zu arbeiten, hinfällig ist. Aber wie stimmt das wieder mit der anderen, oft in Stadtparlamenten gehörten Redensart über-

ein, daß Arbeiter eigentlich gar nicht urlaube oder erholungsbedürftig seien, indem sie angeblich der Arbeit gern aus dem Wege gängen? Man führe nur ruhig überall da, wo es noch nicht geschehen ist, die Sommerferien für Arbeiter ein und man wird sehen, daß die Arbeiter die Ferienzeit gern zu ihrer Erholung benutzen werden. Der Anspruch auf Urlaub beantragt noch fünfjähriger Arbeitszeit in den städtischen Betrieben.

Zur Lage der städtischen Arbeiter in Köln.

I.

Unser Kollege D. Schäfer KÖLN hat in der „Rheinischen Zeitung“ eine Artikelserie veröffentlicht, die nicht nur allein für unsere Kölner Kollegen von Interesse ist, sondern auch die Aufmerksamkeit unserer gesamten Verbandsmitglieder beanspruchen dürfte. Wir machen deshalb diese Veröffentlichungen umso gern zugänglich.

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 19. April wurde der Antrag der Zeitungsstellen betreffend Beschaffung von Material über die Arbeitsverhältnisse der städtischen Metzger, Metzgerhelfer, Handwerker und Arbeiter verhandelt. Wer da glaubte, es gäbe im Stamme einmal eine ordentliche Arbeiterdebatte, der sah sich enttäuscht. Eine Unterkommission der sozialpolitischen Deputation soll mit dem verhältnismäßig Material sichten und nach dieser Sitzung „soll“ die Versammlung sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Gewiß müssen wir dann einverstanden sein, daß die Wünsche der Arbeiter zunächst geprüft werden; aber wir fürchten, daß die „Sichtung“ des Materials eine mehr als geräumige Zeit beanspruchen wird. Wir haben Urab: ergründet, daß man die Sache gern verdrücken möchte. Man wird die Herren Prems und Genossen zu beobachten haben, ob sie die Angelegenheit auch mit dem gebotenen Eifer fördern. Mit einigen Ausführungen im Stadtverordnetenrat, nach denen man dann die Vorläufe der Verwaltung annimmt, in die Sache in die nächsten Arbeiter nicht gehen. Das muß geschehen werden, selbst wenn man hierbei dem einen oder anderen Betriebsanwalter auf die Subventionen treten sollte.

Nur der im „Arbeiter“ stützenden Arbeiterverbände organisiert sind und Arbeiter des Aufbaus, die jeweils Geldentwendung über bereits veräußerten einträglichen Forderungen setzen zu „Arbeiterversammlungen“ ihre Zustimmung nehmen müssen, sind es die dem Gemeindefördererverbände angehörenden Handwerker, Wagenmacher und Schlosser der Straßenbahn, des Gas- und Wasserwerks, des Elektrizitätswerks, die Arbeiter der elektrischen und der Gasanstalt, die mit Forderungen an ihre Verwaltungen herzutreten sind. Auch die Arbeiter der öffentlichen Kläranlage sind mit den Lohnverhältnissen nicht zufrieden, weswegen sie ebenfalls durch den städtischen Arbeiterausschuß ihre Wünsche der Verwaltung vorzutragen gedenken. Endlich und noch die Gasanstaltsarbeiter zu erwähnen, die, ebenfalls organisiert, eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse anstreben. Es ist deshalb richtig, wenn vom „reichhaltigen Material“ gesprochen wird. Wir sind nun der Meinung, daß auch die Kölner Bevölkerung ein Interesse an diesem Material hat, und da wir nicht abwarten wollen, bis die Sichtung, die unter Umständen lange auf sich warten lassen kann, vorgenommen ist, so wollen wir der Öffentlichkeit in nachstehendem einiges von diesem Material unterbreiten.

Zunächst sei festgestellt, daß die Forderung des Herrn Prems, daß die Forderungen der städtischen Arbeiter keine Einheitslichkeit aufweisen, nur zum Teil zutrifft. Die Forderungen der Arbeiter des Gas- und Wasserwerks, des Elektrizitätswerks und der Gasanstalt sind, soweit sie von dem zuständigen Arbeiterausschuß gestellt sind, durchaus einmütig gehalten. Wenn nebenher der „Arbeiter“ Verband unter Aufsichtführung der Arbeiterausschüsse, die geschaffen zu haben Herr Maß sich erlaubt, kostbare Forderungen einreicht, so kann dieshalb der Mehrheit der Arbeiter kein Vorwurf gemacht werden. Für die städtischen Arbeiter sind aber die Ausführungen des Herrn Prems insofern interessant, als diese ein Eingeständnis dafür sind, wie notwendig eine einheitsliche Organisation der städtischen Arbeiter ist. Und hierfür sind wir Herrn Prems dankbar.

Die bereits genannten Arbeiterausschüsse, deren Mitglieder fast durchwegs dem auf dem Boden der freien Gewerkschaften stehenden Gemeindefördererverband angehören, stellen unanocht folgende allgemeine Forderungen auf: a) Um es entlassenen Arbeitern zu ermöglichen, Abschied, die mit der Entlassung unzulässig zusammenhängen, vorzubereiten zu können und einer Unternehmung untergehen zu lassen, wird eine Pensionsbemessung, zusammengesetzt aus Beiträgen der bedienstetlichen Verwaltung und der interessierten Betriebsverwaltung sowie der Arbeiter selbst, geschaffen. b) Arbeiterausschüssemitglieder können nur mit Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung entlassen oder in einem anderen Betrieb befristet werden. Im letzteren Falle jedoch nur dann, wenn durch die Verfügung des Mandat als Arbeiterausschussesmitglied erklärt wurde. c) Bei Arbeiterausschusseswahlen ist der Arbeiterschaft das zahlenmäßige Ergebnis in geeigneter Weise bekannt zu machen. d) Die derzeitige Lohnperiode wird in eine acht beziehungsweise vierzehntägige umgewandelt.

In der Begründung wird zu der Forderung unter a) ausgeführt: „Die Entlohnung der städtischen Arbeiter kann als eine besonders gelobte nicht bezeichnet werden. Beim geringsten Anlaß können sie entlassen werden. Hinzu kommt, daß die Entlassungsgründe, vom Standpunkte des Arbeiters aus betrachtet, mitunter selbst formell nicht ganz einwandfrei sind. In solchen Fällen sollte man dem Arbeiter Gelegenheit bieten, seine Angaben einem unabhängigen Gremium zu unterbreiten, das dann darüber eine eingehende Untersuchung anzustellen hat. Die Untersuchung einfach in die Hand eines Vorgesetzten des Betroffenen zu legen, halten wir für nicht angebracht. Die Bildung einer Beschwerdeinstanz, wie sie unter anderem vorgeschlagen ist, würde ungemein viel dazu beitragen, das Beschwerderecht der Arbeiter zu sichern, wie dies auch das Vertrauen der Arbeiterschaft der Verwaltung gegenüber wesentlich fördern würde. Die Schaffung einer derartigen Instanz könnte von uns schon deshalb für unerlässlich, als sich der städtische Arbeiter mit den Jahren seiner Beschäftigung Rechte erwirbt, so hinsichtlich der Gewährung von Sommerurlaub, der Arbeitsförderung usw., die ihm durch die Entlassung ohne weiteres genommen werden.“

Tatsache ist, daß heute der städtische Arbeiter seinen Vorkursen auf Gnade oder Ungnade übergeben ist. Mit dem Arbeiter-Lohnsteigertage im Herbst und hat sich Recht erworben, so faßt die Entlassung gleich einem Damoklesdewer über seinem Haupte. Die Vorgänge am Wasserbau, wo man durch Entlassungen, die sich fast auf Leute erstrecken, die im Winter einmal die Hand in die Tasche stecken, die Arbeiter in Angst und Zorn zu setzen wollte, die Entlassung eines Arbeiterausbildungsinstitutes des städtischen Betriebes, das bei einer Untersuchung bezüglich der Hausarbeit gefaßt haben soll, die Entlassungen bei den Straßenbahnern nach der vorjährigen Besetzung, die Degradierung und schließlich Entlassung von langjährigen, im Betriebe dankend und erkrankten Arbeitern auf eine durch nichts zu erklärende Auslage eines Warenhändlers hin, so zum schließlichen werden sein soll, die verübte Abschreibung erkrankter Arbeiter in den Sanatoriumsstätten der Straßenbahn, alles dies bekräftigt die „geheime Ernte“ nicht nur der städtischen Arbeiter überhaupt, sondern auch ihrer „legalen“ Vertreter, der Arbeiterausbildungsinstitute. Was aber hier hat die ganze kommunale Arbeiterinstanz, wenn alle einwirkenden Mächte vernichtet werden können durch den Wächterposten eines Beamten, der erst auf die Meldung eines beliebigen Aufsehers oder Mitglieds die Arbeiter ohne weiteres vor die Tür setzen kann? Warum fordern die Arbeiter eine verbindlich zusammengesetzte Kommission, wie solche andwärts bereits bestehen, die darüber zu wachen hat, daß den Arbeitern in dieser Hinsicht kein Unrecht geschieht. Sie fordern eine Kommission, wozu Mitglieder der Arbeiterausbildungsinstitute nur mit Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung einladen werden können, wenn andere man nicht die Arbeiterausbildungsinstitute zur Unfähigkeit verdammen will.

Die Bewilligung der dritten Forderung ist bereits zugestanden. Auch die Umänderung der Lohnzahlungsperioden scheint beschlossene Sache zu sein. Heute geschieht sich die Sache so, daß ein Teil der städtischen Arbeiter alle vierzehn Tage, andere am 5. und 20. jeden Monats, und wieder andere am 3. und 18. jeden Monats ihre Sängerlohne auch nicht bekommen. Was es mit der Lohnauszahlung an bestimmter Malen der Tage und obendrein nur monatlich auf sich hat, weiß jeder Arbeiter, der das einmal an sich verspürt hat. Wie oft kam es vor, daß der Lohn am Dienstag oder Montag fällig war. Dann lag die Kasse am Sonntag zu Hause und blieb trübsal. Nun soll diesem Elend ja ein Ende gemacht werden. Auch die adäquate Führung einzuführen, dazu reicht bei der Stadtverwaltung die Emsicht noch nicht. Nur immer lang tun lassen — sonst hätten wir ja in unseren städtischen Betrieben bald Verhältnisse wie in der — Privatindustrie.

Ein weiterer Punkt ist, daß man nach Arbeiter an den tatsächlichen Leistungen zweiter Güte feiern läßt. Es sind dies zu sammen acht Tage im Jahre. Das Feiern an sich wäre ja hinzuzufügen, aber diese Tage werden den Arbeitern vom Lohne abgezogen. Man denke sich einen städtischen Arbeiter, der einen Tagelohn von 3,20 RM hat, und in dessen Lohnperiode ein, mitunter zwei Feiertage fallen. Er geht dann mit 33 RM oder 36 RM nach Hause, von wem er Geld er darf sich und seine Familie einen halben Monat lang ernähren soll. Eine Frage ist, was das Geld in den Händen der Arbeiter ausnützt, die anderen Tage muß er hungern werden. Welche Besondereleistungen dabei voraussetzen, handelt man dem nicht zu schuldigen, der das Arbeiterlohn kennt. Wozu der Bezahlung dieser Feiertage würden die Arbeiter in der Sommerzeit und für solche, die in den Dienstleistungen fallen, einen Zuschlag zum Grundlohn. Während ist die Forderung, bei der Lohnauszahlung eine bestimmte Zusammenstellung der Bezahlung anzugeben. Auch die komplizierte Berechnung des Lohnes, der Abzüge, von dem, und durch eine Reihe weiterer wichtiger Umstände, wenn mancher Arbeiter in der Tat nicht, was er eigentlich verdient hat. Eine städtische Aufstellung müßte dabei jedem Arbeiter zugängliche gemacht werden. Es heißt sich noch eine ganze Reihe weiterer Punkte anführen, in denen die Verwaltung eine besondere Rücksicht auf den Arbeiter entgegen kommen könnte. Ein alle zu nennen, würde zu weit führen. Nur auf eins sei auf-

merksam gemacht: Will man, um mit Herrn Weiss zu sprechen, zufriedenstellende Verhältnisse schaffen, so bedarf es der völligen Umgestaltung der „Allgemeinen Bestimmungen“. Diese Umgestaltung darf aber nicht einseitig geschieden derart, daß die Kommissionen und Deputationen einfach beschaffen und die Arbeiterausbildung nur als Institutionen betrachtet werden, denen man die Weisheit mitteilt. Verhandeln, nicht dekretieren! Will man ein besseres tun, so gebe man endlich die Sätze vor der Organisation der Arbeiter auf und ziehe deren Vertreter zur Beratung hinzu. Die Anerkennung der Organisationen in diesem Sinne würde unendlich viel dazu beitragen, das Verhältnis zwischen Verwaltung und Arbeiterchaft zu bessern. Sie wäre aber auch die beste Gewähr dafür, daß bei tief einschneidenden Umänderungen im Arbeitsverhältnis der städtischen Arbeiter, wie z. B. der Umänderung der „Allgemeinen Bestimmungen“, etwas Gutes daraus käme. Doch bis dahin wird noch ein weiter Weg sein. Vorerst wird man noch „Herr im Hause“ sein wollen.

In einem weiteren Artikel werden wir auf die Lohnverhältnisse zu sprechen kommen.

Bericht der Filiale München für das 2. Quartal.

Es gab eine Zeit und diese liegt noch gar nicht einmal soweit zurück, wo die allgemeine Ansicht dahin ging, die Münchener städtischen Arbeiter seien überhaupt nicht zu organisieren und alle Mühe sei hier vergebens.

Aber die Zeiten ändern sich und mit der Zeit auch — die städtischen Arbeiter. Wohl ist noch gar mancher in städtischen Diensten grau gewordener Arbeitsveteran darunter, der darüber den Kopf schüttelt und es heute noch als eine Verhöhnung gegen die göttliche Weltordnung ansieht, wenn die städtischen Arbeiter zwecks Lösung der Magenfrage mal energischer Töne anschlagen.

Die Münchener städtischen Arbeiter sind sich ja wohl alle darüber einig, daß etwas geschehen müsse, bloß über das „Wie“ gingen die Meinungen auseinander. Kurz gesagt, es fehlte an der einheitlichen Aktion. Dies ist auch die Ursache, weshalb die städtischen Betriebe soweit hinter den Privatbetrieben nachhinken. Wenn auch heute die Dinge noch lange nicht ideal zu nennen sind, so ist doch da und dort ein Anfang zum Besseren zu konstatieren. Mehr als einmal schon haben wir die praktische Erfahrung gemacht, daß in jenen Sparten und Abteilungen, wo die Arbeiter einmütig zusammen treten, die Herren Vorgesetzten unwillig ein ganz besonderes Maß von Verfügungsbefehl belassen, während dort, wo die Arbeiter uneinig sind, teils gar nicht, oder nur bei der Lokalorganisation oder den „Christlichen“ organisiert sind, meist auch nicht viel erreicht wird.

Die Herren Abteilungsvorstände freuen sich über eine solche Zerplitterung und verhängen sich dann hinter dem Magistrat oder den Montagen.

Sobiel nicht ungewisselt fest, daß nur eine mächtige, einheitliche Organisation imstande ist, die Herren im Rathaus aus der ihrichthöflich gewordenen Gemächlichkeit aufzusuchen und endlich einmal die Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Angestellten den Wohnungs- und Lebensmittelpreisen anzupassen. Diese Erkenntnis drängt sich immer mehr und mehr den städtischen Arbeitern auf, und mancher, der vor 2 Jahren auf die freien Gewerkschaften wie ein Mohrrübe lächelte, hat sich eines Besseren besonnen und ist heute unter eifriges Mitglied.

Was lehrte eben nicht nur, wie das Sprichwort sagt, beten, sondern auch „organisieren“.

Die Vorgänge im Rathaus lehren auch jeden denkenden Kollegen, daß unter Heil nicht allein von den wenigen Arbeitervertretern, die im Rathaus sitzen, zu erwarten ist, sondern daß wir uns auf eigene Füße zu stellen haben.

Eindoch die übergroße Mehrzahl der Magistratsräte und Gemeindebevollmächtigten selbst Arbeitgeber oder sonst dienstgefällige Vertreter des Kapitals.

In Würdigung dieses Umstandes müssen wir uns eben schon darauf einrichten, gegebenen Falles kampfbereit zu sein. Um dabei einen drastischen Fall herauszugreifen, der manchen von denen die Augen öffnen dürfte die in ihrer Naivität noch glauben, Magistrat und Kollegium werden den städtischen Arbeitern alles Gewünschte auf dem Präsentierteller entgegenbringen.

In München tobt zurzeit der Kampf der Schütter gegen die Fabrikanten. Es handelte sich um Forderungen von so minimaler Natur, daß sie ohne weiteres von den Herren Fabrikanten hätten bewilligt werden können. Dabei wurde vom Fabrikanten unter dem Vorwand des Herrn Gemeindebevollmächtigten Strobl Zentrum beschloffen, den Schütter den bekannten Schand revers vorzulegen. Der Gemeindebevollmächtigte Strobl wäre ohne die Stimmen der ärztlichen Arbeiter nicht ins Kollegium eingezogen. Die Münchener Post schreibt hierzu unter anderem: Es ist eine Freivoluntät ohnegleichen, daß Leute, die durch das Vertrauen und die Wahl ihrer Wähler in Amt und Würden gewählt werden, einem solchen Vorgehen ihre Zustimmung geben. Strobl hat von dem einzigen bei ihm beschäftigten organisierten Schütter, obwohl für seine Fabrik der Lohnsatz gar nicht mangelnd war, weil dort ausschließlich im Akkord gearbeitet werde, die Unterzeichnung des

verles verlangt und als dies abgelehnt wurde, den Kollegen einfach aufs Pflaster geworfen!

Und diese Leute, die bei den Wahlen den Arbeitern goldene Berge versprochen, werden demnächst über unsere Eingaben zu befinden haben.

Möge jeder städtische Arbeiter hieraus die richtige Lehre ziehen.

Unsere Münchener Filiale entwickelt sich gut.

Die Filiale hat sich nicht nur zahlenmäßig emporgeschwungen, sondern auch die innere Festigkeit und Opferfreudigkeit hat sich gehoben, das Solidaritätsgefühl und Massenbewußtsein kommt mehr und mehr zum Durchbruch.

Vor einem Jahre noch mußten wir sehen, wie viele Kollegen damals gegen eine Erhöhung des wöchentlichen Beitrages um 5 Pfg. waren und heute gleichen die meisten dieser Kollegen ein, daß es damals ein Fehler war, nicht gleich 10 Pfg. pro Woche mehr zu bezahlen.

Streitigkeiten und persönliche Meberereien, die früher oft bis zum Uebermaß die Versammlungen ausfüllten, sind vollständig verschwunden und alles arbeitet einträchtig an dem einen Ziel „Stärkung des Verbandes“. Daran vermögen auch die koshafteiten Streiche unserer Gegner nichts zu ändern.

Wer den Verdegang unserer Filiale genau verfolgt hat, dem wird noch ein Umstand ganz besonders auffallen. Es ist dies die Sicherheit, mit der sich die Kollegen an den Diskussionen beteiligen. Eine ganze Anzahl davon waren befabigt, sogar als Referenten aufzutreten. Das Leben der Arbeiterreihe, des Verbandesorgans, sowie auch der Versuch der vielen Versammlungen mögen hierzu ihr richtig Teil beigetragen haben.

Folgende Zahlen laßen das Wachstum der Münchener Filiale erkennen. Es waren Mitglieder vorhanden:

	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
1903	106	99	98	88
1904	101	105	228	424
1905	493	516	541	525
1906	733	810	—	—

Dabei ist zu bemerken, daß sich infolge der Verlegung der oberbairischen Kreis-Ären Anstalt im I. Quartal 1905 aus der Filiale München heraus die Filiale Galling bildete, so daß also der scheinbare Rückgang der Mitgliederzahl im I. Quartal 1905 nur auf diese Trennung zurückzuführen ist.

Diese tapfere Schar der Pfleger in den oberbairischen Ären-Anstalten hat sich nicht bloß gehalten, sondern sie haben auch noch Zuwachs zu verzeichnen.

Trotz verschiedener Amerionsgefühle der „Christlichen“, die Filiale für sich zu loyern, gelang es ihnen nicht, unsere Kollegen ins christliche Ney zu locken.

Ein charakteristisches Merkmal, daß unsere Münchener Filiale auch innerlich erfaßt, ist, daß die Beiträge fleißiger als bisher bezahlt werden, so daß der Prozentfuß der geleisteten Beiträge weit über das Durchschnittsmaß hinausragt.

Diese Erscheinung ist bis zu einem gewissen Grade auch auf die Einführung der Hauskassierung zurückzuführen, mit welcher die Filiale die besten Erfahrungen gewonnen hat. Allerdings zeigt sich hier und da ein Wankelmütiger, der bald nach seiner Aufnahme wieder austritt.

Offentlich trägt die vom Verbandstage in Mainz beschlossene Einführung der Arbeitslosen- und Kranken-Unterstützung dazu bei, die Zahl dieser Anreißer zu verringern. Hier muß speziell auch auf die

Frauen der städtischen Arbeiter

eingewirkt werden, denn die Frauen vermögen die Möglichkeit derartiger Unterstümgungseinrichtungen meist besser zu beurteilen als der Mann. Gerade die Frau, bezw. die Familie ist es ja, die bei Krankheit und Arbeitslosigkeit des Ernährers am meisten zu leiden hat.

Die am 16. Juni im Verbandstokal tagende, sehr gut besuchte Generalversammlung hat dann auch nach Eingehnahme des Berichtes vom Verbandstage in vollster Einmütigkeit und ohne daß auch nur eine gegnerische Stimme laut geworden wäre, beschlossen, den wöchentlichen Beitrag auf 40 Pfg. zu erhöhen und dafür bei Krankheit und Arbeitslosigkeit die wöchentliche Unterstützung auf 6 Mk. festzusetzen. In weiterer Abstimmung wurde beschlossen, daß diese erhöhten Beiträge bereits ab 1. Juli 1906 erhoben werden sollen.

Abgesehen von verschiedenen persönlichen Wünschen und Angelegenheiten der Mitglieder, welche zumeist durch den Kollegen Sebald soweit wie möglich zur Erledigung gebracht wurden, hatten sich die leitenden Personen noch mit einer ganzen Anzahl, die Allgemeinheit interessierenden Dingen, zu beschäftigen.

Hier figuriert an erster Stelle

die vor 19 Monaten

an die städtischen Kollegien eingereichten Anträge betreffs **Abänderung der Arbeitsordnung,**

die sie trotz verschiedener Besprechungen seitens des Herrn Bürgermeisters immer noch nicht erledigt. Demnächst soll eine große Protestversammlung stattfinden, auf welche die Kollegen besonders aufmerksam gemacht werden.

Im verfloßenen Quartal erhielten endlich auch

die Pflasterlehrlinge

die Differenz bis zum ortsüblichen Tagelohn nachbezahlt.

Die Sache lag so: Auf fortgeleitetes Drängen des Verbandes wurde vergangenen Winter bei 8 1/2 stündiger Arbeitszeit der Minimallohn auf 3 Mk. pro Tag für regulär beschäftigte Arbeiter festgelegt.

Die sogenannten Pflasterlehrlinge, von denen die Mehrzahl 18-22 Jahre alt ist, bekommen diesen Lohn nicht, und zwar mit der Motivierung, daß sie als städtische Arbeiter nicht in Betracht kommen könnten, weil — ja weil — sie zeitweilig von dem in Alford arbeitenden Pflasterer entlehnt würden.

Unser Verband war nun damit nicht einverstanden. Zunächst wurde eine Audienz des Kollegen Sebald abschlägig beschieden. Daraufhin wurde die Angelegenheit unter Heranziehung des Gemeinde Bevollmächtigten Genossen Hoffmann, in Form einer Anfrage im Gemeinde Kollegium anhängig gemacht.

Das Bau Amt gab eine ablehnende Erklärung, die uns schon deshalb nicht befriedigen konnte, weil sie um den Kernpunkt der Angelegenheit herumging.

In einem neuerlichen Schriftsatz wurde festgelegt, daß unbedingt der Magistrat als Arbeitgeber zu betrachten sei, nachdem auch der Magistrat, bezw. das Bau Amt die Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung entrichtet und weil diese sogenannten Lehrlinge in allen jenen Fällen wo durch Ungunst der Situation u. s. w. nicht gearbeitet werden konnte, anerkennend in Regie beschäftigt wurden. Diesen ausfühlichen Darlegungen konnte man dann auch nicht länger widerstehen und so kam es, daß diese Kollegen einen ganz namhaften Betrag nachbezahlt erhielten.

Bemerkenswert ist auch eine Versammlung der

Pflasterbau-Hülfsarbeiter

dem 14. Juni 1906, um gegen verschiedene Willkürakte des städtischen Pflasterbauarbeiters Weber zu protestieren. Die Genossen Waur und Waur, beide Gemeinde Bevollmächtigte, waren dabei anwesend.

Pflasterbauarbeiter Weber behielt nämlich, den Alfordtarif nach seiner Meinung zu interpretieren und merkwürdigerweise kommt dabei nie aber auch gar niemals eine Verbesserung für die Arbeiter heraus.

Wenn es wahr ist, daß dieser Herr Weber sich äußerte: „Ich studiere Tag und Nacht, um den Tarif zu verfeinern“, so muß es Aufgabe des Magistrats oder in Ermangelung dessen unserer Genossen im Rathaus sein, mal mit energischer Faust dazwischen zu fahren. Auch

die Behandlung der Arbeiter

läßt viel zu wünschen übrig; es regnet da die schönsten Mosenamen, wenn diesem Herrn, wie man zu sagen vilegt, „der Gaul durchgeht“. Dadurch werden die Arbeiter aufgeschreckt und Unruhe und Zwietracht unter sie gebracht. Die Versammlung behielt sich vor, die ganze Angelegenheit demnächst vor dem Forum der Öffentlichkeit auszutragen. Zum Aufsatzenweg haben diese Leute nach dem Spitzwort: „Erfahrung macht klug“ längst alles Vertrauen verloren. Ihn aber in Zukunft diesen Auswegskünsten einen Damm zu legen, wurde ein neuer Tarif ausgearbeitet, bezw. die einzelnen Paragraphen ergänzt, und an das Bau Amt eingereicht.

In der städtischen Gasfabrik Fallbacherstraße wurde im letzten Quartal probeweise der

Dreischichtenwechsel für die Retortenarbeiter

eingeführt. Mit dem Dreischichtenwechsel sind wir ja sehr wohl einverstanden, nicht aber damit, daß dies nur probeweise sein soll und ferner, daß bei dieser Probe geradezu unmenntliche Anforderungen an die Arbeitskraft des einzelnen gestellt werden. So haben wir nicht gewettet. Die Gasdirektion hat alle Ursache, will sie nicht eines schönen Tages unangenehm überrascht werden, dahin zu trachten, daß dieser Dreischichtenwechsel definitiv und in humanerer Weise als bei der Probebehandlung zur Geltung kommt.

Ein schweres Unrecht, fast möchte man sagen, eine strupellose Ausnützung finden wir beim

Strafenbau.

Dort werden circa 1500 Mann beschäftigt, von denen wohl ungefähr 2/3 aller Arbeiter mit 3 Mk. pro Tag abgefunden werden. Wo soll ein solcher Mann als Familienwater denn hinkommen? — Kamentschik dann, wenn durch Ungunst der Witterung oder durch Feiertage auch noch einige Wochentage verloren gehen? — Dabei muß man unbedingt herunterkommen.

Gibt es doch Fälle, wo diese Kerntzen der Armen einen Weg von 1-1 1/2 Stunden zurücklegen haben, um an die Arbeitstelle zu gelangen. Es sind uns Fälle bekannt, wo die Arbeiter nicht nach Hause gingen, sondern sonstwo übernachteten. Diese Leute sind demzufolge nahezu 15 Stunden auf den Beinen, bloß um lumpige 3 Mark zu verdienen. Wir haben, offen gesagt, nach unserer Erfahrung

nicht das Vertrauen zu den verantwortlichen Personen und Körper-
schaften, daß hier eine bedeutende Verringerung eintreten wird. Hier
kann nur durch eine kräftige Organisation Remedur geschaffen werden.

Was nützt es, wenn eventl. der einzelne Arbeiter 20 Pfennig
mehr pro Tag erhält? — Das ist ihm längst durch den Hohlwucher
usw. doppelt abgeschöpft worden.

Gerade hier sollten sich die Kollegen einmal sagen: wir haben
fürwahr nichts zu verlieren, aber eine ganze Welt zu gewinnen.

Ein treffendes Beispiel, was durch den Zusammenhalt erreicht
werden kann, zeigte uns in diesem Quartal der Vorgang beim

Umbau des alten Sendlinger Tores.

Dort wurden auch pro Stunde 30 Pfennig bezahlt; sämtliche Arbeiter
waren organisiert.

Die Folge war, daß der bauleitende Ingenieur nach Mündigsprache
mit dem Kollegen Sebald vor der Latzacke stand: Entweder
mehr bezahlen oder — Streit. Streikbrecher würden sich
an dieser inmitten dichtesten Verkehrs gelegenen Stelle nicht allzu
leicht einschleichen haben.

Die Bauleitung gab sich als den klügeren Teil und gab nach.
Das war gut so. Der Erfolg war eine Lohnerhöhung
von 60 bis 80 Pfennig pro Tag.

Zu Ehren der Wahrheit muß auch konstatiert werden, daß die
Mehrzahl der Abteilungsvorstände usw.

die Vertreter des Verbandes anerkannt

und, soweit ihre Befugnisse reichen, auch entgegenkommt. Sogar in
der Gasfabrik, wo wir in den ersten Jahren manche derbe, ver-
lehnende Antwort erhielten, hat sich manches geändert. Die Herren
sind einzeln zu haben, daß sich die Vertretung eines auf
Grund des geleglich gewährleisteten Koalitionsrechtes bestehenden
Verbandes nicht auf die Dauer ignorieren läßt. Und wenn sich zwei
harte Steine reiben, gibt es befamntlich Funken.

Unter den Laternenwärttern

ist ein erfreulicher, frischer Zug bemerkbar.
Eine Person wurde ausgearbeitet und eingereicht. Haupt-
sächlich derselben ist, verschiedene Härten, das ungerechte Straf-
wesen usw. abzuschaffen und eine Verringerung der finanziellen Lage,
Hilfszahl usw. herbeizuführen.

Tatsächlich ist eine Verringerung insofern zu konstatieren, daß
Strafen nicht mehr so reichlich, wie früher, verhängt werden. So
viel steht fest, daß die Laternenwärtter in Anbetracht ihrer Ver-
pflichtungen zu außerordentlichem Fleiß und bei schlechter Witterung
bedeutend besser entlohnt werden müssen.

Im elektrischen Werk,

wie eine gewisse Klauheit herrschte, weht ein frischer Wind. Hoffen
wir, daß es dabei bleibt. Alles in allem haben wir noch viel zu tun.

Sieben der 810 organisierten Arbeitern doch noch mindestens
2000 organisationsfähige Individuen gegenüber, die noch ge-
holt werden müssen. Erst dann sind wir voll aktionsfähig.

Am letzten Quartal fanden, abgesehen von den Ausdus-
schungen, 38 Versammlungen und Betriebsbesprechungen statt, bei
denen zumest Kollege Sebald referierte. Außerdem referierte noch
Dr. Casella, sowie Genosse Freisinger. Wir sehen also, daß
ungeachtet der Vertragserhöhung, überall reges Leben pulsiert.

Darauf bedenkend, können wir erwarten, daß in allernächster Zeit
das erste Tausend Mitglieder voll wird, und wenn alle unfer-
 heutigen Mitglieder von neuem ans Werk gehen, kann der Erfolg
nicht ausbleiben.

Unter die Zukunft!

Franz Sebald.

Die Chemnitzer Maßregelung.

Um ihre recht traurige Lage etwas zu verbessern, beschloßen die
Kollegen von der Straßeneinigung, im vorigen Winter eine Petition
an das Tiefbauamt um Lohnaufbesserung zu richten. Dieselbe wurde
nur in den einzelnen Bezirken den Kollegen zum Unterschreiben vor-
gelegt, was auch Kollege Uhlig in seinem Bezirk tat. Hier gab es
aber einige Straßensüßler, die Uhlig denunzierten und bei der Polizei
die Anzeige erstatteten, Uhlig hätte sie durch Drohung zu bestimmen
versucht, die Petition zu unterschreiben. Uhlig wurde daraufhin vor
das Gericht gestellt wegen Vergehens gegen § 134 G. V. Die mangel-
haft die Anklage aber bestand, betriebe der Umstand, daß der Kläger
und die zum Teil bedrängten Jungen durch nichts imstande waren,
die gegen Uhlig erhobene Reichuldigung zu beweisen, worauf auch
der Angeklagte kostenlos freigesprochen wurde. Die Verhandlung
selbst ist bereits in Nr. 13, Spalten 215, 216 der „Gewerkschaft“ be-
leuchtet worden. Eine aber den gerichtlichen Entscheid abzuwarten,
wurde Kollege Uhlig bereits am 11. Januar entlassen. Seine An-
schuldung war doch nur durch dieses Urteil erwiesen, und jeder rechtsin-
denkende Mensch war jetzt der Meinung, daß er ohne weiteres wieder
eingestellt würde. Im guten Glauben daran richtete Uhlig ein die-
bezügliches Gesuch an das Tiefbauamt, worauf ihm folgende Ant-
wort zuteil wurde:

Chemnitz, den 23. Mai 1906.

Herrn Wilhelm Uhlig, hier.

Auf Ihr Gesuch vom 15. vorigen Monats teilen wir Ihnen
mit, daß Ihre feinerzeit verfügte Entlassung aus dem städtischen
Dienste mit der Eingabe um Aufbesserung der Löhne in keiner
Weise im Zusammenhange steht, sondern darauf zurückzuführen ist,
daß Sie sich Ihren Mitarbeitern gegenüber unverträglich gezeigt
haben, was wir im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung
und Disziplin nicht dulden können.

Wir können daher Ihrem Gesuche um Wiedereinstellung als
Arbeiter beim städtischen Straßenwesen nicht entsprechen.

Der Rat der Stadt Chemnitz.

Tiefbauamt.

Vahje, Stadtbaurat.

Mit diesem Bescheid konnte sich Kollege Uhlig selbstverständlich
nicht zufrieden geben und richtete ein zweites Gesuch direkt an Ober-
bürgermeister Dr. Ved, worauf ihm folgender Bescheid zugeht:

Chemnitz, den 23. Juni 1906.

Herrn Wilhelm Uhlig, hier.

Auf Ihr an Herrn Oberbürgermeister Dr. Ved gerichtetes,
anhergegebenes Gesuch vom 18. dieses Monats eröffnen wir Ihnen,
daß Ihre Wiedereinstellung als städtischer Arbeiter nicht angänglich ist.

Der Rat der Stadt Chemnitz.

Tiefbauamt.

Vahje, Stadtbaurat.

Damit ist nun die Sache abgetan, Uhlig wird nicht wieder ein-
gestellt und ihm obendrein der Vorwurf gemacht, er hätte sich seinen
Mitarbeitern gegenüber unverträglich gezeigt. Wer aber Uhlig kennt,
der weiß, daß er ein ruhiger und sehr verträglicher Mensch ist. Im
Interesse der „Ordnung und Disziplin“ aber darf er nicht städtischer
Arbeiter bleiben, bloß, weil er sich erdreistet hat, für die Verbesse-
rung seiner und seiner Kollegen Lage, die ihn zum Dank davor ums
Drot gebracht haben, einzutreten.

Jene, die eigentlichen Stifter von Zwietracht, die durch ihre
falschen Angaben der Staatskasse unumgange Kosten verursachen,
bleiben im städtischen Dienst. Uhlig aber wird nicht wieder ein-
gestellt.

Wer zweifelt hier an der Objektivität der städtischen Ver-
waltung? Gewiß niemand! So eine Annahme, mehr Lohn zu
verlangen, um als Mensch leben zu können, muß bestraft werden.

Die städtischen Verwaltungen sind um eine höhere Ausrede nicht
verlegen, das haben uns ja die vielen Beispiele aus den ver-
schiedenen Städten gezeigt. Und dieser Fall lehrt uns aufs neue,
daß wir von dieser Seite aus nichts zu hoffen haben. Die Ver-
waltungen selbst brauchen sich aber nicht zu wundern, wenn das
Vertrauen der Arbeiter zu ihnen immer mehr verschwindet.

**Eine neue Heldentat des Gasdirektors Zind
in Halberstadt.**

Der „Anzeiger für die werttätige Bevölkerung Halberstadt“
schreibt unterm 21. Juni:

Die Halberstädter Arbeiterkassette mußte Anfangs dieses Jahres
mit Entrüstung davon Notiz nehmen, daß es den hiesigen städtischen
Arbeitern der Strafe der Entlassung verboten ist, sich ihrer Berufs-
organisation anzuschließen. Nachdem eine Anzahl von Kassette-
nennern wegen Inaktivität zur Organisation erfolgt war, nach-
dem die Stadtverordnetenversammlung und Magistrat diesen uner-
hörten Schritt des Herrn Zind gebilligt, hat die Halberstädter Ar-
beiterkassette von diesem Verhalten absehend Notiz genommen.

Die Leitung für diese Kassette unserer Arbeitsbrüder
werden wir bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen aussuchen.
Eindeutlich werden wir durch die Wahl von sozialdemokratischen
Stadtverordneten den städtischen Behörden zu verzeihen geben, daß
wir auf diese dreiste Herausforderung die einzig richtige Antwort
zu geben wissen. Diese Antwort wird gepfeffert und angehen aus-
fallen, darauf können sich die Herren vom Magistrat fest verlassen.

Die Kassette des alten Magistrats und andere Heldentaten
des Herrn Zind sollen vorläufig nicht erörtert werden, denn
Herr Zind hat alles, was er bisher in seinen Maßregelungs- und
Unterdrückungsgeheimnissen geleistet, weit überboten.

Was Herr Zind als „Arbeitgeber“ wert ist, das wissen wir,
denn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf dem Gaswerk und Herr
Zind, sie sind einander wert. Herr Zind steht in unserer Ver-
wertung als Mensch auf demselben 25 Pfennigniveau, auf dem
seine Arbeiter für ihn stehen. Wir bewerten eben einen Arbeitgeber
nach den Löhnen und nach der Arbeitszeit. Wer seinen Arbeitern
einen Stundenlohn von 25 Pfennigen und täglich eine Stundezeit
von 12 Stunden zahlt, der wird eben von uns dementsprechend
bewertet. Wer noch obendrein dem Streben der Arbeiter nach Ver-
besserung ihrer Lage in unadäquater Weise mit Maßregelung ent-
gegentritt, der stellt in unserer Meinung noch mehr, bezaud, denn er
wird zu einer Art Sklavenhalter, der nur eine Sklave kennt und
das höchste Recht seiner Willkürlichen mit Füßen tritt.

Wenn nun unser Genosse Gerlach kürzlich den Ausspruch tat, über den Einang zum Gaswert sollte man die Worte setzen: „Nier herrschen ruhmde Zustände“, so hat er sich leider viel zu milde ausgedrückt. Auf dem Gaswert herrschen kein ruhmde Zustände, bewahrt! Auf dem Gaswert herrscht Herr Jind, das heißt, es herrscht dort die personifizierte Willkür. Es herrscht dort ein Mensch, nach dessen Verhalten zu urteilen man annehmen müßte, daß ihm außer der Gasabritation, außer dem anständigen Tierfornenball und außer der Zweidendenvermittlung von vielen Tausenden von Wert — die Protokollmachung eblicher arader Arbeiter — als nützliche Aufgabe erlernt. Der Leser mag entscheiden, ob diese Vermutung ungerechtfertigt ist oder nicht.

Am 23. Januar wurde der Arbeiter Lehrens, dem Herr Jind selbst in jeder Beziehung das ebrende Zeugnis eines tugendhaften fleißigen Arbeiters ausstellte, wegen Zuchtlosigkeit zur Entlassung von Herrn Jind entlassen. Der Gemafachte ist Familienvater von 1 Kindern. Zwölf lange Wochen mußte die Familie mit ihrem Ernährer die bittere Zeit der Erwerbslosigkeit durchdauern, einer Zeit, deren Qualen ein Jind, mit seinem Reineinkommen von circa 12000 Mk. pro Jahr, nicht verstehen kann. Genaug, zur höheren Ehre des Herrn Jind mußte der Arbeiter diese Leidenszeit durchmachen. Endlich fand er auf die kurze Zeit von 6 Wochen Verdienstaue bei einem Zimmermeister. Dann trat er am 19. Juni, morgens 6 Uhr, in Stellung bei der Betongesellschaft Hannover, welche bereits Arbeiten auf dem Gaswert übernommen hat. Die Freunde des Arbeiters, eine lobnende Stellung gefunden zu haben war von langer Dauer, nur 3 Stunden konnte er ungestört seinem Gewerbe nachgehen, dann war er wieder der Erwerbslosigkeit ausgeliefert.

Wer war der Schuldige, der es waakt, einen Halberstädter Bäcker, einen christlichen Arbeiter, der durch die Minderheitsaktion des Gasdirectors Jind schon obnein 12 lange Wochen verdienstlos war und sich nichts zu Schulden kommen ließ, wieder auf das Straßengpflaster werfen zu lassen? War es der Halberstädter, bei dem der Arbeiter bedürftig war? — Nein, ein moderner Unternehmer verlangt von einem Arbeiter nur die Arbeit, die Ansehen, damit er zu zutraden. Ein Unternehmer verfolgt zwar in Zeiten von Konjunkturdifferenzen die Arbeiter mit seinem Haß und mit gemeiner Rachsucht, nach Verlegung der Differenzen ist das Geschehen für den Unternehmer aber vergessen. So pflegt auch der rücksichtsloseste Unternehmer zu handeln. — Was aber tat Herr Jind?

Er ließ den Polier zu sich rufen und befahl ihm, den Arbeiter Lehrens sofort zu entlassen.

Star vor Ernahmen vernahm der Arbeiter vom Polier das Innerbörte, daß er auf Veranlassung Jinds von seinem neuen Arbeitgeber entlassen sei. Er konnte das Unmöglichste nicht fassen und bog sich heulend zu dem Gasdirectors, von dem er annahm, er werde nicht so brutal sein und Ernst mit seiner Forderung machen. Der Arbeiter fragte Herrn Jind zunächst, weshalb er ihn jetzt wieder erwerbslos machen wollte, in 11 Tagen sei doch die Wette fallen, er könne sie nicht bezahlen, denn er habe doch lange genug mit seiner Frau und 4 Kindern eine Leidenszeit durchmachen müssen. Dieser Appell an die Menschlichkeit des Herrn Jind war vergeblich. Dem Arbeiter wurde der Bescheid, daß er wegen der Verbandsangelegenheit im Januar wiederum aus der Arbeit müsse, denn er, der Gasdirectors, könne nicht dulden, daß der Arbeiter hier auf dem Gaswert für einen anderen Unternehmer tätig sei. Hier in den Mauern der Gasanstalt sei er, der Gasdirectors, derjenige, der etwas zu sagen habe. Der Arbeiter war vernünftiger, er gab auf die Aussetzung des Herrn Jind nicht die Antwort, zu der er an anderer heißblütiger und unüberlegter Arbeiter sich hätte hinreichen lassen. Nützlich verließ Lehrens den Gasdirectors, der nun zum zweiten Male über ihn und die Seinen Not und Entbehrung gebracht hat.

Herr Jind hat wieder einmal seinen Willen und er mag sich auch für diese „edle“ Tat, die er verübt hat, die Verlobung aller Verdiensten holen, welche nicht unterscheiden können, was Recht und was Unrecht ist. Wir aber fragen: Wie kommt ein händischer Beamter, den wir erhalten, dem wir erhalten, dem wir ein Einkommen von jährlich ca. 12000 Mk. verschaffen, dazu, sein Amt in einer solchen Weise zu missbrauchen, und einem rechtschaffenen Halberstädter Mittelmäßig mit seiner Familie an der Bettelstube zu bringen? Und noch eine Frage, an Sie, meine Herren vom Magistrat: Was würden Sie dazu sagen, wenn der so verfolgte Arbeiter mit seiner Familie auf dem Markte vor Sie brächten und verlangte, daß die Stadt nunmehr seine Familie ernähre, denn kein anderer als ein Beamter der Stadt habe das Unglück über die Familie gebracht? Hier Herr Dr. Ehrlicher können Sie mal in ein Wespennest hineinweisen, hier können Sie mal insassen, solche unerbörten Handlungen dürfen sich Halberstädter Beamte herausnehmen!

Der deutsche Arbeiter hat ja im Jahre 1908 gesagt, daß jeder, der einem deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu verhindern sucht, mit Zuchthaus bestraft werden müsse.

Wir wollen nicht so weit gehen das gleiche zu verlangen wie der deutsche Arbeiter, aber das dürfen wir nach der neuen Bedeutung des Herrn Jind mit aller Entschiedenheit hiermit beantragen:

Simeus endlich mit diesem Gasdirectors aus unseren händischen Betrieben!

Notizen für Gasarbeiter.

Berlin. Eine Versammlung der Arbeiter und Handwerker der händischen Gaswerke tagte am Mittwoch, den 1. Juli, bei Trauel, Neue Friedrichstraße, Nachtagsatz 11. Nördlich hielt einen Vortrag über moderne Organisationsformen. Im Laufe seiner Ausführungen, die im wesentlichen darauf abzielten, die Notwendigkeit großer Zentralverbände und ihrer Taktik darzutun, wandte er sich auch scharf gegen die Lokalorganisationen. Dabei nahm er Bezug auf die letzten Artikel in der „Einigkeit“. Die Partei mußte sich mit den Zentralorganisationen in Verbindung setzen, um mit jenen Organisationen aufzutreten. Zurzeit dürfe die „Einigkeit“ noch fest mit deutlicher Bezugnahme auf den Genossen Webel sagen: „Wer die Wahrheit kennt und laßt sie nicht, ist fürwahr ein erbarmlicher Narr.“ Im weiteren schilderte er die Leistungen der großen modernen Verbände und trat mit lebhafter Parteilichkeit ein. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen.

Über die Antwort der händischen Gasdirection auf die Forderungen von Anfang April berichtet Hoffmann. Die Antwort erging unter dem 27. Juni etwa dahin: Was die verlangte Einführung des achtstündigen Arbeitstages für alle Betriebsarbeiter und Betriebshandwerker angeht, so sei die veränderte Einführung des achtstündigen Arbeitstages der Betriebsarbeiter durch Beschluß der händischen Gasdeputation genehmigt worden. Der Beschluß wurde seit dem 1. October 1906 im Arbeiterbauhof Greifswalderstraße statt. Die Probezeit sei auf ein Jahr festgesetzt. In eine Vertagung der Probezeit könne nicht gedacht werden mit Rücksicht darauf, daß gerade während der heißen Jahreszeit die Schwierigkeiten dieser Arbeitsweise besonders hervortreten. Zur Forderung der Einführung der neunstündigen Arbeitszeit für alle übrigen Arbeiter, Handwerker usw. wurde bemerkt, daß nach Beschluß der Deputation für die händischen Gaswerke in Erwägungen über Einführung der Neunstundenarbeit sich einig gehalten werden sollte, wenn das Ergebnis der Untersuchung betreffs der achtstündigen Arbeitszeit in der Greifswalderstraße günstig sei. Zur dritten Forderung: Der Wunsch eines regelmäßigen Besuchs der Beschäftigten der Arbeiter in verschiedenen Zweigen des Betriebes wurde schon in den bestehenden Institutionen beachtet. Wenn man weiter gehen wollte, würde das erfahrungsgemäß nach dem Widerstand der Arbeiter selber stoßen, und es wäre auch wegen der Unannehmlichkeiten der physischen Strafe der einzelnen, sowie im Betriebsinteresse nicht durchzuführen. Die Entscheidung muß den Trägern überlassen bleiben. — Medner sagte, daß man zunächst drei Monate abwarten habe, um zu antworten, und bedauerte, daß man ein ganzes Jahr brauche zur Feststellung des Resultates der veränderten Neunstundenarbeit im Arbeiterbauhof der Greifswalderstraße. Aber ganz und gar unverständlich wäre es, wenn die Einführung des Neunstundenarbeits in die übrigen Arbeiter und Handwerker von der Frage abhängig sein sollte, ob an die Neunstundenarbeit für die Betriebsarbeiter gedacht werden könne. Mit dem Wechsel in den Arbeitsarten sei das so eine eigene Sache. Die Arbeiter und ihre Vertreter hätten bei Aufstellung dieser Forderung im Auge gehabt, daß die Betriebsarbeiter nicht immer im Betriebe und die Hofarbeiter nicht immer auf dem Hofe arbeiten sollten und daß auch gewechselt werden sollte bei Affordarbeiten. Jetzt hätten nun allerdings die Trägern verschiedene Empfindlichkeiten herausgefunden, die den Arbeitern die Forderung verletzten. Man habe zum Beispiel Leute herausgefunden, die gar nicht gemeint waren, wie z. B. die paar Teerarbeiter. — Schachtel sprach über Medner daran, wie die Arbeiterauskünfte von den einzelnen Trägern behandelt würden. Erhebliche Mängel beständen auch bei Festlegung der Afforde. Es sei vorzuziehen, daß Afforde, die schon schon einseitig ohne eigentliche Vereinbarung mit den Arbeitern festgesetzt worden seien, dann noch willkürlich herabgesetzt wurden. So in der Müllerstraße.

In der Diskussion wurden von mehreren Mednern noch verschiedene Mißstände besprochen und betont, daß die Arbeiterauskünfte als Anrede der Trägern behandelt würden. Molegen mit Absicht lagen nach einiger Zeit draußen. Als unerbötlich bezeichnet wurde, daß der Trägern in der Müllerstraße Arbeit in die sechs Wochen traut waren und keinen Dienst leisten konnten, gerade mit Rücksicht darauf den Urlaub verweigert hatte, der ihnen zu nicht zugewandten habe. Diese Arbeiter brauchten den Urlaub doch gerade ein recht zur Erholung. — In der Versammlung herrschte wegen der besprochenen Vorkommnisse und Zustände eine ziemlich erregte Stimmung, die sich mehrfach in Aufmunterungen zu energischerem Auftreten Luft machte.

Schließlich wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: Die Versammelten nehmen Kenntnis von der Antwort der Gasdirection auf die Eingabe betreffend die Vertagung der Arbeitszeit auf 8 resp. 9 Stunden. Sie erwarten bestimmt, daß nach Ablauf der Probezeit, also am 1. October 1906, unverzüglich die achtstündige Arbeitszeit für Betriebsarbeiter und Handwerker auf allen händischen Gaswerken zur Einführung gelangt. Die Versammelten protestieren ganz energisch gegen die Aufschubung der Vertagung der Arbeitszeit auf 9 Stunden für die übrigen Arbeiter. Sie erachten die hierzu gehörende Verhandlung für völlig unzulässig und verlangen die sofortige Einführung dieser Arbeitszeit für die beteiligten Personen. Als

ganz besonders empörend empfinden die Versammelten das Verhalten einzelner Dirigenten, welche die Verhagung, daß Entlassungen bei Arbeitsmangel nach dem Dienstalter zu erfolgen haben, unter mittelschen Einwänden umgehen. Ebenso die Arbeitsverweigerung nach überstündiger sechswochenlanger Krankheit. Auch erbliden sie in dem jetzt behandelten Verhalten der unteren Beamten den Arbeitern gegenüber eine Methode der Unterdrückung und Rechtslosmachung. Die Versammelten erwarten, daß die Direktion bei nächsten Gaswerte Verantwortung nimmt, die vorhandenen Mängel zu beheben."

Die Erziehungswaltung der Organisation wurde beauftragt, die Resolution der zuständigen Ämter zu übermitteln.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. (Gruppe Mezier Inspektionen.) Mitgliederversammlung am 22. Juni. Vor Eintritt zur Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Viphardt in üblicher Weise. Alsdann erstattete stollege Viphardt den Bericht über den Verbandstag. In der Diskussion sprach die Versammlung den beiden Delegierten ihr volles Vertrauen aus und bedauerte, daß die gestellten Anträge abgelehnt worden sind. In ihrer Mehrheit stellt sich die Versammlung auf denselben Standpunkt, wie derselbe bisher im Ausdruck gebracht werden ist. Auf Vorschlag sollen Verhandlungen mit der Filiale Berlin gepflogen werden und wird erwartet, daß durch diese eine Verständigung und Einigung zustande kommt. Die Verhandlungen soll der Gruppenvorstand und eine aus 7 Mitgliedern bestehende Kommission anbahnen. In die Kommission werden die Kollegen Weirich, Timm, Peder, Eckartan, Densie, Schabbel und Potraische gewählt. Die Versammlung nahm hierauf einen Antrag an, daß den Kollegen, welche nicht mit den Beiträgen im Nachhinein sind, das Protokoll vom Verbandstag gratis verabfolgt werden soll. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten und Ermahnungen zum feinen Zusammenhalten erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Berlin Tegel. Sektionsversammlung am 2. Juli 1906. Auf der Tagesordnung stand: I. Aufstellung der Kandidaten zur Ausschlußwahl, II. Bericht der Vertrauensmännerprüfung und Massenbericht und III. Verschiedenes. Es wurden die Kollegen Schmidt, Walde, Poring, Stamm II. und Wolf als Kandidaten zum Arbeiterausschuß aufgestellt. Kollege Poring hielt eine Anrede über die Bedeutung und Aufgaben des Arbeiterausschusses. Alsdann erstattete Kollege Neumann Bericht der Vertrauensmännerprüfung und der Massierer den Massenbericht. Dieser ergab einen Bestand von 104,44 Mark. Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Marienhe. Am Sonnabend, den 17. Juni, erstattete der Vertrauensleiter Hedmann Mannheim Bericht über den Verbandstag und die Gasarbeiterkonferenz. Die Versammlung war gut besucht und hörte mit größter Spannung dem jetzt auch in Marienhe befindlichen Vertrauensleiter Hedmann zu. Der Redner entledigte sich mit Bescheidenheit seiner Aufgabe und hob besonders die wichtigsten Punkte hervor, die eine große Veränderung erfordern haben. Die Grenzstreitigkeiten und die damit verbundene Taktil wurden getrennt ferner die Beitragserhöhung und der Prozentfuß, der an die Hauptkasse abzuführen ist, sowie der weitere Ausbau des Unternehmungsweins. Weiter die Gasarbeiterkonferenz soll in Vertrauensmännerprüfungen der Gasarbeiter ausführlicher berichtet werden. In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Glauke und Schmidt. Erörterung, daß jetzt, nachdem die Beiträge um 15 Pf. erhöht worden sind, das Hauskassierverhältnis nicht mehr zu umgehen sei, um einem Mitgliederverlust vorzubeugen. Womit ging noch auf einige Punkte des Berichtes ein und betonte auch, daß ein Teil der Mitglieder fernbleibt wegen des hohen Beitrages. Im Schlußwort des Referenten wurden die vorgeschlagenen Beschlüsse gewürdigt, er meint aber, daß nach und nach sich die Heberzeugung Bahn findet, daß, wenn die Hauptkasse an Unternehmungen etwas leisten soll, auch entsprechende Beiträge gezahlt werden müssen. Mit einem herzlichen Hoch auf den Verband erfolgte hierauf Schluß der Versammlung.

Mönigsberg. Eine gut besuchte öffentliche Versammlung der hiesigen Arbeiter mit Frauen fand am 24. Juni nachmittags 1/2 Uhr in Ludwigshof statt. Auf der Tagesordnung stand: Verabschiedung des Gewerkschaftlichen Organen im vierten Verbandstag in Mainz und Diskussion. Gewerkschaftliche Organen wurde nachfolgendes aus: Wenn schon früher in einer Versammlung betont wurde, daß der diesjährige Verbandstag ein bedeutungsvoller sein wird, so ist diese Meinung in vollstem Maße bestätigt worden. Es waren im ganzen 63 Delegierte in Mainz anwesend, sogar aus Danemark, Holland und Frankreich waren Vertreter erschienen. Die bedeutigste Taktil Beschlüsse des früheren Verbandsvorstandes wurde vom Verbandstag verworfen. Die hauptsächlichsten Punkte, die in Mainz verhandelt wurden, waren "Gewerkschaftliche" und "Taktil". Nach einer sehr ausführlichen und lebhaften Debatte über die Grenzstreitigkeiten, an der sich auch die Vertreter des Transportarbeiter, Eisenleger und Garnwebverbandes be-

teiligten, wurde eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß sämtliche hiesigen Arbeiter in einen Verband hineingehören. So jedoch andere Organisationsaltere Rechte haben, sind diese zu respektieren. Auf Grund dieser Resolution wird es möglich sein, die Grenzstreitigkeiten allmählich aus der Welt zu schaffen. Natürlich müssen die beteiligten Personen den besten Willen haben, friedlich zusammen zu arbeiten zu wollen. Was die Frage der Taktil anbelangt, so hat sich der Verband der hiesigen Arbeiter völlig auf den Boden der freien Gewerkschaften Deutschlands gestellt. Wie bei den anderen Gewerkschaften, so soll auch bei uns der Streit das letzte Kampfmittel zur Erreichung wirtschaftlicher Verbesserungen sein. Der Verband führt nunmehr den Namen "Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter". Der Beitrag beträgt vom 1. Oktober d. J. ab 35 Pf. pro Woche für männliche und 25 Pf. für weibliche Mitglieder. Der Beitragserhöhung entsprechend sind auch die Rechnungen des Verbandes höhere geworden. Zu beachten ist ferner, daß die Mitglieder nicht erst getrieben werden, wenn sie 13 Wochen mit ihren Beiträgen rückständig sind, sondern bereits nach 8 Wochen. Auf die Verbandsumterstützungen haben nur die Mitglieder Anspruch, die für 52 Wochen Beiträge gezahlt haben. Zum Schluß gab der Redner noch ein olleremeres Bild über die Mainzer Verbandslanen und schloß mit einem warmen Appell an die Frauen und Männer, auch ferner treu und eifrig für den Ausbau der Organisation tätig zu sein. (Lebhafter Beifall.)

Mitgeteilt wurde der Versammlung, daß der Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes erdienen sei und zur Ausgabe an die Mitglieder gelangen werde. Empfohlen wurde den hiesigen Arbeitern im weiteren Verlaufe der Versammlung die Aufstellung der Verhandlungsprotokolle des Mainzer Verbandstages für 20 Pf. und der Gasarbeiterkonferenz für 10 Pf. — Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am 24. Juni 1906 in Ludwigshof tagende Versammlung der hiesigen Arbeiter Mönigsberge erklärt sich mit den Beschlüssen des 4. Verbandstages einverstanden und verpflichtet mit allem Nachdruck für die Durchführung derselben einzutreten. Nachdem noch auf das am 15. Juli er. stattfindende Sitzungsfest hingewiesen worden war, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Ludwigshafen. Mitgliederversammlung vom 24. Juni. Anwesend 50 Mitglieder. Tagesordnung: Die Beschlüsse des Verbandstages in Mainz; Bericht des Arbeiterausschusses; Verschiedenes. Kollege Hedmann-Mannheim gab den Bericht vom Verbandstag, dem sich eine Debatte anschloß. Die Beschlüsse des Verbandstages wurden gutgeheißen. Kollege Engel erstattete Bericht über die Tätigkeit des Arbeiterausschusses, der ebenfalls eine größere Debatte zeitigte. Dann wurde erwähnt, daß der Rechtsrat Dr. Müller zu einer Versammlung eingeladen werden soll.

Mühlhausen i. G. Der Verbandstag mit seinen tief in unser Verbandsleben einschneidenden Beschlüssen ist nun einige Zeit verrstrichen und in den Kollegenkreisen erörtert man das Für und Wider sehr lebhaft. Ist die beschlossene Beitragserhöhung zwar nicht ganz genehm, so sind sich doch die meisten Mitglieder auch klar darüber, daß eine erhöhte Beitragserhöhung den Verband auf eine höhere Stufe der Leistungsfähigkeit bringt. Unsere Filiale hat auch Veränderungen aufzunehmen, hauptsächlich im Vorstand. Der seit ca. 4 Jahren seines Amtes als Massierer waltende Kollege Graff schied aus dem Vorstand aus. Es ist unsere Pflicht, hier dem Kollegen, der seit Weggehen der hiesigen Filiale in manch schwerer Zeit getreulich mitgeholfen hat, dieselbe durch die Abschlüsse, die sich gerade uns entgegenstellen, hindurchzuführen, unseren herzlichsten Dank auszusprechen. Ferner traten die Kollegen Vogt und Knobloch, alte erprobte Mitglieder, zurück.

Dann wurde Stellung zur Arbeiterausschlußwahl genommen. Für den kommenden Winter soll eine rege Meinarbeit eingeleitet werden und ist dringend zu wünschen, daß die Mitglieder die Versammlungen wieder reger besuchen. Vor allem soll jetzt eine Sektionsgliederung der einzelnen Meiereie durchgeführt werden, zu denen als neues Glied in der Kette unserer Filiale die Arbeiter des erst kürzlich von der Stadt erworbenen Elektrizitätswerkes hinzukommen. Sollten hin und wieder kleinere Abzweigungen vororkommen, so darf das uns nicht heizen, die Ausreißer kommen alle wieder. Für uns darf es nur heißen: Rimmer rückwärts, sondern vorwärts trotz alledem!

Eisenburg. Eine öffentliche Versammlung der Gas- und Wasserwerke sowie der Staatsarbeiter tagte am 24. Juni im Vereinsbanne, Kellentrappe. Gewerkschaftliche Organen referierte über die Notwendigkeit der Organisation. Die Versammlung war wahrlich besuch. Mannte nun auch nicht gleich großes erreicht werden, so ist doch ein Grundstein gelegt, auf dem weiter gebaut werden kann. Die noch nicht gewerkschaftlich Organisierten haben doch ein Interesse daran, endlich dem für sie zuständigen Verband beizutreten, und so haben denn einige Gasarbeiter die Sache in die Hand genommen und werden den nötige zur nächsten Versammlung vorbereiten. Besonders wird doch auch des Gewerkschaftsstatutell sich der Sache ernstlich annehmen und etwas beitrage zur Seite stellen.

Aus den Stadtparlamenten.

München. Der Magistrat nahm den von einer Kommission ausgearbeiteten Entwurf Petrens Regelung der Arbeitsordnung und Lohnverhältnisse der hiesigen Arbeiter einstimmig an. Danach ist u. a. eine sechsstündige Arbeitszeit vorgesehen, als Mindeststunden leben bei der modernen Maschine 27 St. festgesetzt, der sich in bestimmten Stunden auf 28, 29, 30 und 32 St. erhöht. Ferner wird für Nebenstunden und Nachtarbeit ein Lohnzuschlag von 20 bzw. 40 vom Hundert bezahlt und für Feiertage, Krankheit, Einberufungen usw. Entschädigung gewährt, sowie bei fünfjähriger Langzeit Urlaub bewilligt.

Marmen. Das hiesige Stadtverordnetenkollegium beschloß in seiner letzten Sitzung die Einführung einer Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung für städtische Arbeiter. Das Ruhegehalt steigt von 15 Sechstel alljährlich um 1 Sechstel bis 15 Sechstel des Einkommens, beträgt jedoch mindestens 300 Mk. jährlich. Das Witwengehalt beträgt 10 Proz. des Ruhegeldes, mindestens 250 Mk. Das Waisengehalt ist für Vollwaisen auf 1/2, für Halbwaisen auf 1/3, des Witwengeldes festgesetzt und wird den Kindern bis zu ihrem 16. Lebensjahre bezahlt. Ruhegeld und Invalidenpension sollen 3/4 des Lohnes nicht übersteigen. Die Gelder werden monatlich post numerando gezahlt. Diese Regelung tritt am 1. Oktober d. J. in Kraft. Ferner wurde beschloßen, städtischen Beamten und Angestellten, falls dieselben dienstlich Unfälle erleiden, die festgesetzten Renten zu gewähren. Früher geschah das nur freiwillig.

Essen. Die Stadtverordneten wählten einstimmig den Regierungsrat Solke in Berlin zum Bürgermeister.

Frauen im städtischen Dienst. Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer letzten geheimen Sitzung den Magistrat von Berlin ersucht, die Anstellung von Beamtinnen außer in den städtischen Ämtern, wo schon seit längerer Zeit 21 Frauen dauernd tätig sind, auch in anderen Verwaltungen in Erwägung zu nehmen. Der Magistrat beabsichtigt übrigens schon seit längerer Zeit einige Damen als Telephonistinnen, sowie als Stenographinnen und Kopierschreiberinnen.

Die Filial-, Gau- und Sektionsleiter unseres Verbandes

sowie Stadtverordnete und Gemeindevetreter machen wir darauf aufmerksam, daß im Verlage der Buchhandlung, Vorwärts, Berlin, soeben das Protokoll über die Verhandlungen der Konferenz der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevetreter Groß-Berlins, abgehalten in Berlin am 6. Mai 1906, erschienen ist. Auf der Tagesordnung der Konferenz wurden verhandelt: 1. Die Parteipolitik Groß-Berlins. 2. Frauen stärkenfrage. 3. Die Notwendigkeit von Zweigverbänden. Das Protokoll ist in allen Parteibüchereien erhältlich. Der Preis beträgt 1 Mk. Für sozialdemokratische Gemeindevetreter, wenn in Partien bezogen, 50 Pf.

Verbandsteil.

Geschäftsstelle des Verbandsvorstandes:
Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24.
Telephon: Amt IX, 6188.

Zweig-Bureaus:

- | | |
|---|--------------|
| Stuttgart, Holzstraße 16 II | C. Altbater. |
| Leipzig, Weienstraße 25, Gartenhaus part. | E. Werthold. |
| Meln a. M., Seeverstraße 199 | D. Schäfer. |
| Breslau, Burgfeld 2 I | F. Mehrlein. |
| Münden, Mariabühlweg 33 I | H. Schald. |
| Dresden, Rigenbergstraße 2 III | M. Freißler. |
| Rammsheim, L. G. Nr. 6 | H. Sedmann. |

Orts-Bureaus:

- | | |
|------------------------------------|---------------|
| Berlin, Alte Jakobstraße 145 part. | E. Dittmer. |
| Hamburg, Hüter 11 III | H. Schönberg. |
| Dresden, Rigenbergstraße 2 III | A. Zischen. |

Bekanntmachung.

In der Generalversammlung der Filiale Berlin vom 20. Juni 1906 wurden in nachbenannten Vorwahlen folgende Kollegen delegiert:

Verbands-Vorstand:

Albert Maschke, Wilhelm Mehs, August Frenzlau, Otto Weder und Karl Schmidt.

Verlag: In Verbindung mit Verleger der in Gemeinde und Einzelheften herausgegebenen Zeitschrift „Der Arbeiter“ und unter Mitwirkung des Verlagskomitees des „Arbeitervereins“ in Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24. — Druck: Verlagsanstalt Engel & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 93

Präsident-Kommission:
Karl Schabel, Emil Bügty, Stanislaus Wefolowski, Karl Blatt und Ernst Mroff.

Revisoren:

Karl Schabel, Gustav Mehrwald, C. Luy.

In den Verbandsauschuss wurden gewählt: Fritz Basener, Albert Rühl, Heinz Schönberg, Christ. Sorgenfrei, Hermann Schulz, Herrn. Rohl und Hugo Wiggers. Alle Sendungen sind an den Vorsitzenden desselben, den Kollegen Fritz Basener, Hamburg 8, Hüter 11 III zu senden.

Alle Sendungen für den Verbands-Vorstand erbitten wir nach wie vor rein unpersönlich an den Vorstand zu schicken, natürlich mit Ausnahme der Gelder, welche stets persönlich an den Kollegen G. Rymann, Berlin W. 30, Winterfeldtstraße 24 III zu gehen.

Ferner machen wir nochmals auf die Vorkosten der Protokolle für den Verbandstag und die beiden Konferenzen aufmerksam. Selbige sind bisher in recht geringem Maße erfolgt. Wir bitten deshalb die verjämten Vorkosten schleunigst nachzubolen.

Für den Verbands-Vorstand:
Albin Wobs.

Anzeigen.

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|---|--|
| Michael Milewsky,
Berlin-Hirsdorf
† 25. Juni 1906 im Alter
von 41 Jahren. | Paul Weber, Dresden
† 1. Juli 1906 im Alter
von 37 Jahren. |
| Hermann Lowski, Berlin
† 26. Juni 1906 im Alter
von 41 Jahren. | Josef Bauer, Leipzig
† 2. Juli 1906 im Alter
von 33 Jahren. |
| Adolf Guschmann, Bielefeld
† 6. Juli 1906 im Alter von 28 Jahren.
Chre ihrem Andenken! | |

Zwecks Annäherung der Verbandstags-Verhandlung zur die Filiale Groß-Berlin unseres Verbandes wird verlobt

1 Gewerkschaftssekretär 1 Gewerkschaftsbeamter

gesucht. Der erstere muß die gesamte Agitation leiten, daher durchaus selbstständig sein, die sozialpolitische Fragestellung kennen und sich in der Arbeiterbewegung schon hervorragend betätigt haben. Gehalt zu den Bedingungen des Stuttgarter Gewerkschafts-Kongresses. Der Gewerkschaftsbeamte hat gleichfalls in die Agitation einzugreifen, muß also rednerisch befähigt und schriftlich sicher sein im Verkehr mit Behörden usw. Anfangsgehalt 2000 Mk.

Den Bewerbungsschreiben muß eine selbstgeschriebene Probearbeit über die Aufgaben der resp. Posten beigelegt sein. Dieselben sind bis zum 18. Juli er. an Emil Dittmer, Alte Jakobstr. 145, zu richten.

Königsberg i. Pr.

Sonntag, den 15. Juli 1906, im „Neuen Schlingengarten“ (Vorderbüfen)

I. Stiftungs-fest.

Mitwirkende:

Arbeitergefängnisabteilung und Verein der freien Turnerschaft.
Fackelpolonaise • Feuerwerk • Preischießen • Preiskegeln.

Zum Schluß: **Tanz.**

Entrée 20 Pf., Kinder frei, Tanz 10 Pf. Das Festkomitee.